

RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:
FRANZ XAVER FRIEDRICH

59

Wien, am 12. März 1937.

Die Wirtschaftspolitik der Stadt Wien.

In einer Veranstaltung des Vereines für kaufmännische Interessen sprach Mittwoch abend im grossen Saal des Hotels Imperial Bürgermeister Richard Schmitz über "Die Wirtschaftspolitik der Stadt Wien". Hierzu hatten sich die Bundesminister Dr. Neumayer, Dr. Taucher und Dr. Pilz, die Staatssekretäre Dr. Schmidt und Rott, der Präsident des Bundestages Graf Hoyos, die Gesandten Graf Puaux, Dr. Jäger und Dr. Veverka, die Minister a. D. Dr. Draxler, Heinl und Präsident Stockinger, die Vizebürgermeister Major a. D. Lahr und Dr. Kresse, Staatssekretär a. D. Znidaric, Polizeipräsident Dr. Skubl und Vizepräsident Dr. Presser, Staatsrat Professor Holzmeister, Probst Wildenauer, Kabinettsdirektor Huber, viele Bundeswirtschaftsräte, zahlreiche Räte der Stadt Wien und viele führende Persönlichkeiten des Wirtschaftslebens eingefunden.

In seinem mehr als eineinhalbstündigen Vortrag betonte der Bürgermeister einleitend, dass sich die Wirtschaftspolitik der Stadt Wien selbstverständlich in die Wirtschaftspolitik des Staates einordnet und die Zeit endgültig vorbei ist, in der zweierlei Wirtschaftspolitik, die der Bundeshauptstadt und die des übrigen Oesterreich, gegeneinander zu wirken bemüht waren. Nach allgemeinen Bemerkungen über die Definition des Begriffes "Wirtschaftspolitik" und über die Funktion der Stadt Wien als Trägerin von Behörden, die sehr häufig wirtschaftlich bedeutungsvolle Entscheidungen zu treffen haben, betonte der Redner, dass Wien nicht nur für Oesterreich, sondern darüber hinaus für ganz Mitteleuropa ein bedeutsamer Faktor des Wirtschaftslebens ist. Die Bedeutung der Stadt Wien als Wirtschaftsfaktor erhellt schon daraus, dass der Voranschlag für 1937 nicht weniger als 371 Millionen Schilling an Ausgaben ausweist, dass die Gesamtzahl der Beamten, Lehrer, Angestellten und Arbeiter der Stadt Wien rund 50.000 beträgt, dass im Budget bloss für die Volks- und Hauptschulen, einschliesslich der Personalkosten, ein Erfordernis von mehr als 60 Millionen Schilling eingestellt ist und dass schliesslich das städtische Wohlfahrtswesen Gesamtausgaben in der Höhe von mehr als 111 Millionen Schilling erfordert. Die Stadt Wien ist leider durch den Prozess der Verarmung der Bevölkerung noch immer gezwungen, umfangreiche und vielfältige Einrichtungen der Fürsorge zu erhalten, ja noch auszubauen, die bestimmt sind, die aus der Wirtschaft dauernd oder für längere Zeit ausgeschalteten Teile der Bevölkerung vor vollständiger Verelendung, vor der Gefahr des Verhungerns und den damit im Zusammenhang stehenden Gefahren zu bewahren. So sehr die Fürsorge im menschlichen und christlichen Denken ihren Ausgangspunkt haben muss, so ist sie zugleich doch auch politisch und wirtschaftlich bedeutsam.

Ein Wirtschaftsfaktor wird gemessen an dem, was er erzeugt, und an dem, was er anderen zu erzeugen und an Waren zu verteilen Anlass gibt. Dass eine öffentliche Verwaltung in der Selbstproduktion von Gütern begrenzt ist, gehört zu den Erfahrungstatsachen der letzten Jahrzehnte. Uns allen ist geläufig, dass es sich hier vor allem um solche wirtschaftliche Aufgaben handelt, bei denen das öffentliche Interesse unbestreitbar ist, so dass die öffentliche Bewirtschaftung vorgezogen werden muss. Natürlich gibt es immer wieder Grenzfragen, im Grossen und Ganzen aber ist hier eine auf absehbare Zeit hinaus endgültige Abgrenzung gefunden worden.

Der Bürgermeister wendete sich sodann der Besprechung der Arbeitsbeschaffung der Stadt Wien zu und führte aus, dass mit den budgetmässigen Ansätzen für Investitionen von rund 39 Millionen Schilling der sechs Ver-

RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:

FRANZ XAVER FRIEDRICH

II. Blatt

Wien, am _____

waltungsgruppen der Stadt Wien und den 37 Millionen Schilling, die das siebente Hauptstück des gesondert finanzierten Arbeitsbeschaffungsprogrammes aufweist, den Millionenbeträgen der städtischen Unternehmungen für Investitionen und schliesslich der Zuwendung von 4 Millionen Schilling aus der Investitionsanleihe ein Betrag von hoch über 100 Millionen Schilling für Arbeitsbeschaffung zur Verfügung steht, zu denen die beträchtlichen privaten Geldmittel noch zu rechnen sind, die durch die Förderung mit dem Hausreperaturfonds und Assanierungsfonds mobilisiert werden. Ausserdem kündigte der Bürgermeister weitere zusätzliche Leistungen an, die die Wiener Bürgerschaft noch zu beschliessen haben wird, um dem Baugewerbe in Wien noch mehr Beschäftigung zu geben, als bisher schon vorgesehen war.

Von grosser Bedeutung für die Beurteilung des Anteiles der Stadt Wien an unserer Wirtschaftspolitik ist die Frage, wie die Arbeiten, Lieferungen und Aufträge vergeben werden, von welcher Art die Arbeiten sind und nach welchen wirtschaftspolitischen Gesichtspunkten die Stadt Wien hierbei vorgeht. Zwischen ausgezeichneten Kennern der Wirtschaft ist es im Vorjahr darüber zu einem Meinungsaustausch gekommen, ob öffentliche Arbeiten, die als Investitionen bezeichnet werden, mit geliehenem Gelde finanziert werden dürfen, wenn diese Arbeiten nicht aus sich selbst heraus zu einer Regenerierung des aufgewendeten Kapitals führen. Das ist das charakteristische Merkmal der Investition im privatwirtschaftlichen Sinne. Teilweise gehe ich in dieser Frage von einem anderen Standpunkte aus. Nach meiner Ueberzeugung hat eine Verwaltung zunächst zu prüfen, welche Aufgaben im Dienste am Gemeinwohl auf Grund der durch die Verfassung ihr zugeteilten Kompetenz und Verantwortlichkeit sie zu erfüllen hat, und welche Aufgaben dieser Art noch ungelöst sind, daher der Lösung bedürfen. Unter diesen Aufgaben hat die Verwaltung dann zu untersuchen, welche von besonderer Dringlichkeit ^{sind} und ob sie die Fähigkeit in sich schliessen, möglichst viele Arbeitskräfte zu beschäftigen. Gewiss soll auch die öffentliche Verwaltung den Grundsätzen des sorgfältigen Kaufmannes folgen, so weit sie auf sie anwendbar sind. Sie kann aber nicht einfach mit der privaten Wirtschaft gleichgestellt werden, weil die Zielsetzung beider nicht ganz übereinstimmt.

Die Stadt Wien finanziert ihre Arbeitsbeschaffung mit zwei einfachen Mitteln, die immer nur gekoppelt und nur bis zu einer gewissen Grenze funktionieren können: Sparsamkeit und Kredit. Die öffentliche Verwaltung muss die Grenze einhalten, innerhalb derer die Sicherung des Schuldendienstes erträglich ist. Die Verschuldung der Stadt Wien ist in den letzten Jahren gestiegen. Die Verantwortung dafür zu übernehmen war nicht leicht, der Entschluss wurde nur durch den Willen, den Arbeitslosen und der leistenden Wirtschaft Hilfe zu bringen, erleichtert. Trotzdem gibt es unter den Wortführern der privaten Wirtschaft manche, denen die Erlangung öffentlicher Aufträge wichtiger erscheint als die Gesundheit der Finanzwirtschaft. Wenn solchen Wünschen gegenüber gewissenhafte, ihrer Verantwortung bewusste Führer der öffentlichen Verwaltung eine gewisse Zurückhaltung an den Tag legen, dann muss ^{man} auch dafür das Verständnis haben, dass es keinen Sinn hat, in einem Jahre oder in zwei Jahren Kunststücke zu machen, die nicht etwa eine spätere, sondern noch die gleiche Generation in den nach wenigen Jahren einer Scheinblüte folgenden mageren Jahren mit sehr bitteren Opfern wird zurückzahlen müssen. Und wenn man uns auf das verlockende Beispiel des Auslandes verweist, dann besinnen wir uns auf unseren gesunden, österreichischen Hausverstand, der uns lehrt, dass weder der Private im Haushalt, noch der Privatunternehmer im Betriebe, noch die öffentliche Verwaltung mehr ausgeben

RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:
FRANZ XAVER FRIEDRICH

III. Blatt

Wien, am _____

dürfen, als sie in Wahrheit einnahmen (Lebhafte Zustimmung.)

Die in unserer Wirtschaft Tätigen sind der Handel, das Gewerbe und die Industrie. Bei der Vergabung von Arbeiten, Aufträgen und Lieferungen kann nun die Wirtschaftspolitik diese drei Gruppen verschiedenartig behandeln, ja sie kann sich sogar auf den Standpunkt stellen, der Handel sei überflüssig geworden und man müsse Konsumenten und Produzenten unmittelbar miteinander verkoppeln. Diese Anschauung kommt zum Teil aus unbewusstem, zum geringeren Teil aus halbbewusstem sozialistischem Denken. Ich bin der Meinung, dass mit Industrie und Gewerbe auch der Handel wesentlich zum Charakter der Stadtwirtschaft gehört und dass die Vernichtung des Handels eine schwere Schädigung der Volkswirtschaft nach sich ziehen müsste, eine widernatürliche Entartung der Volkswirtschaft mit gefährlichen Folgen, wie wir sie etwa heute in Russland sehen. Wir wissen, dass es in dem Gebiete des Heiligen Römischen Reiches Deutscher Nation und im ganzen christlichen Abendland mit den gewerbefleißigen Kreisen der städtischen Bevölkerung und mit den Anfängen der modernen Industrie immer der Handel war, der den Reichtum und die Steuerkraft der Städte und damit wieder die Basis für den kulturellen Aufstieg von Staaten und Nationen mitgeschaffen hat. (Lebhafte Zustimmung.) Wir wehren uns im politischen und religiösen Denken gegen die Tendenz der Vermassung. Wir müssen die Gefährlichkeit dieser Tendenz auch in der Wirtschaft erkennen und rechtzeitig abwehren. Daraus ist einwandfrei die Haltung zu erkennen, die die derzeitige verantwortliche Führung der Wiener Stadtverwaltung in dieser Frage einnimmt. Dort, wo der Handel das Recht hat, Lieferungen und Aufträge zu erhalten, wird sie der Handel immer bekommen, solange ich die Verantwortung trage.

Auch in der Frage, wer das grössere Recht hat, Aufträge zu bekommen, Gewerbe oder Industrie, bin ich gegen jede Ausschliesslichkeit. Man soll in wirtschaftlichen Fragen prüfen, wer nach den allgemeinen wirtschaftspolitischen Grundsätzen unseres neuen Oesterreich Arbeitsaufträge erhalten soll. Weder soll es heissen, nur das Gewerbe oder nur die Industrie, sondern je nach dem einzelnen Fall der eine oder der andere, aber in Summa beide! Zu diesem Komplex gehört noch eine Frage: Grossbetriebe oder Kleinbetriebe? Hier bin ich der Meinung, dass in treuer Gefolgschaft zum Ziele der Entproletarisierung der besitzlosen Arbeiter wir vor allem eine Verproletarisierung von kleinen Existenzen verhindern müssen. Darum sollen die kleinen Betriebe überall dort, wo sie leistungsfähig sind, auch bei den öffentlichen Aufträgen und Lieferungen herangezogen werden. Ist doch der kleine Betrieb für uns gerade deshalb sehr wichtig, weil er eine selbstständige, also nicht proletarische Existenz mehr bedeutet und damit noch immer eine Aufstiegsmöglichkeit für tüchtige Arbeiter bedeutet. Wenn durch eine Erweiterung von Verbotsgesetzen etwa nach Selbständigkeit verlangende tüchtige Menschen ausgespart werden, leisten wir der Wirtschaft und der Gesellschaft einen schlechten Dienst. Man soll lieber die sachlichen Bedingungen verschärfen, die für die Tüchtigkeit dessen, der aufsteigen will, eine Gewähr schaffen, dem Tüchtigen aber muss freie Bahn gegeben werden. (Lebhafte Zustimmung.)

Hinsichtlich der Zuweisung von öffentlichen Arbeiten an die Anbotsteller stellt der Bürgermeister fest, dass Schleuderangebote abzuweisen sind; das heisst aber nicht Ausschliessung der Konkurrenz, weil eine

RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:
FRANZ XAVER FRIEDRICH

IV. Blatt

Wien, am

echte Konkurrenz zur Gesundheit der Wirtschaft nötig ist. Sperrt man die frische Luft ab, dann finden die Infektionskrankheiten leichter ihre Verbreitung. Zu den Grundsätzen bei der Vergebung von Arbeiten und Lieferungen gehört auch die Wahrung der sozialen Gerechtigkeit. Hier hat die öffentliche Verwaltung eine sehr wichtige Aufgabe, und ich darf mit Genugtuung sagen, dass die Stadt Wien im Jahre 1934 die erste Gebietskörperschaft war, die diesen Grundsatz verkündet und angewendet hat. Die soziale Gerechtigkeit tritt immer nach dem Mass unserer Gesetzgebung in Erscheinung. Wo ein Kollektivvertrag besteht, muss er eingehalten werden, gibt es keinen, müssen die ortsüblichen Löhne, Arbeitszeitregelung usw. eingehalten werden. Wir müssen aber, weil unsere Arbeitsbeschaffung das Ziel hat, möglichst viele Arbeitslose wieder in die Arbeit zu bringen, gegen die Vermehrung von Ueberstunden auftreten. (Beifall.)

Die nächsten Ausführungen des Bürgermeisters beschäftigten sich mit der Preisbildung im allgemeinen, wobei der Bürgermeister hervorhebt, dass der nachdrückliche Wunsch der Bevölkerung, die Regierung solle die Preise machen, menschlich sehr begreiflich, jedoch nicht ungefährlich ist. Ich begrüße es, dass sich die Regierung mit der Frage beschäftigt, damit das allzu starr gewordene Gefüge unseres Preissystems mit wirtschaftlichen Mitteln einer Neuordnung zugeführt werden kann. Die nächsten Ausführungen des Bürgermeisters galten dem Wiener Marktwesen, den städtischen Lagerhäusern, die leider nicht genügend ausgenützt sind, und der Wiener Marktpolitik im allgemeinen. Der Bürgermeister schloss seinen Vortrag mit der Feststellung jede gesunde Wirtschaftspolitik habe darauf zu achten, dass die Konsumkraft der breiten Massen als ein sehr wichtiger Faktor respektiert werde. Ich halte, sagte der Bürgermeister, die Theorien künstlicher Hebung der Kaufkraft, um eine darniederliegende Wirtschaft anzukurbeln, für bedenklich. Richtig aber ist es, stets auch an den grossen Teil der Volkswirtschaft zu denken, der von der Konsumkraft der breiten Massen abhängig ist. Ueberpresant man die Preise um der vermeintlich rascheren Regeneration des volkswirtschaftlichen Kapitals willen, wird man das Gegenteil erreichen. Nur durch das Zusammenwirken von Land und Stadt, nur durch Vereinigung aller Kräfte und durch sorgsame Abwägung aller Interessen können wir den Weg finden, der es vermeidet, lebenswichtige Blutgefässe des wirtschaftlichen Organismus zu verletzen, und allen miteinander das Leben erleichtert. Nur gemeinsame Arbeit, und - solange es notwendig ist, gemeinsame Opferbereitschaft aller - verbürgt den gemeinsamen Erfolg und den gemeinsamen Wohlstand in der Zukunft für Wien und Oesterreich. (Stürmischer, langanhaltender Beifall.)

.....